



Protokoll

Jugendhilfeausschuss | Sitzung
2. Februar 2022, 16:30 Uhr bis 17:45 Uhr
öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Albert Käuflein
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 30

Abwesende Mitglieder: 6

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Frau Isabel Limerov (ver.di).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt als Vertretung für Herrn Bürgermeister Lenz die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Konzeption für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Kloss, Stadtjugendausschuss zu Top 1. Wegen Corona hat die Bürgermeisterkonferenz beschlossen, im Februar und März 2022 die beratenden Ausschüsse digital tagen zu lassen, die beschließenden Ausschüsse finden jedoch weiterhin in Präsenz statt. Daher bittet er um kurze Einführungen und Wortmeldungen.

Herr Kloss (stja) dankt dem Gemeinderat für die bereit gestellten Mittel und stellt die Konzeption kurz vor. Wichtig ist, dass die Angebote niederschwellig sind, die Jugendlichen ihr Engagement einbringen können und dass zeitgemäße Sport- und Spielangebote im Fokus stehen. Die Kinder- und Jugendarbeit agiert in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Schulen sowie den Ortsverwaltungen. Die konkreten Schritte in der ersten Jahreshälfte 2022 sehen wie folgt aus: Das Team Höhenstadtteile wird an das Kinder- und Jugendhaus Durlach angegliedert. Dienst- und Fachaufsicht übernimmt die Leiterin Frau Mössinger. Im Februar 2022 werden zwei pädagogische Stellen für die Umsetzung der Konzeption ausgeschrieben. Im Februar/März 2022 finden die ersten Gespräche mit den Ortsverwaltungen statt, um die aktuelle Situation vor Ort zu ermitteln. Aufgaben des neuen Teams werden die Kontaktaufnahme vor Ort sowie die Umsetzung der erforderlichen Beteiligungsschritte sein.

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE) begrüßt das Konzept und bittet ergänzend um Auskunft, ob das Schul- und Sportamt eingebunden ist. Können die zwei Stellen durch bestehendes Personal, das die Arbeitszeit aufstockt, besetzt werden, oder erfolgt eine komplette Neubesetzung? Sie begrüßen es, dass die Jugendlichen eingebunden werden und nehmen das Konzept sehr gerne zur Kenntnis.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Auch die SPD nimmt mit Dank die gute Konzeption zur Kenntnis. Es ist ein gutes Zeichen des Gemeinderates trotz schwieriger Haushaltslage die Jugendarbeit in den Höhestadtteilen weiter auf den Weg zu bringen. Der Anspruch ist ein flächendeckendes Angebot von Jugendarbeit. Ferner besteht der Wunsch, dass bereits priorisierte Themen, die schon vor Ort erarbeitet wurden, mit Nachdruck schnell umgesetzt werden. Die Jugendlichen brauchen dies als Startzeichen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP): Auch die FDP freut sich über die Zusammenarbeit mit den Höhenstadtteilen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD) befürwortet das Konzept. Seiner Fraktion fehlt in der Vorlage jedoch die Aussicht auf eine Evaluation.

Frau Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Oberbürgermeister hat in den Haushaltsberatungen zugesagt, dass die Konzeption überarbeitet wird. Heute haben wir jedoch die ursprüngliche Konzeption vorliegen. Ist die Überarbeitung noch vorgesehen?

Frau Frey (Stadtamt Durlach): Nimmt das Aufgabengebiet der Mitarbeitenden zur Kenntnis, bezweifelt aber, dass dies mit der Personalausstattung zu bewältigen ist. Eine Abwälzung auf das Jugendhaus Durlach wäre somit zu befürchten. Qualifizierte Mitarbeiter sind hier erforderlich.

Der Vorsitzende: Die personellen Ressourcen wurden im Dezember mit dem neuen Haushaltsplan beschlossen, jedoch ist dieser noch nicht genehmigt. Eine Ausschreibung der beiden Stellen ist trotzdem möglich, da die Stadt Karlsruhe eine Förderzusage erhalten hat.

Herr Kloss (stja): Selbstverständlich erfolgt durch die Zusammenarbeit mit den Schulen auch eine Zusammenarbeit mit dem Schul- und Sportamt. Die Stellenschaffung wird für zwei Fachkräfte vorerst befristet auf den Weg gebracht. Eine sozialpädagogische Stelle mit 75 % und ebenfalls 75 % für eine/n Erzieher/in. Das Konzept setzt auch auf Engagement. Eine Evaluation ist spätestens in fünf Jahren erforderlich und vorgesehen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Konzeption für die Offene Kinder- und Jugendarbeit in den Höhenstadtteilen zur Kenntnis.

TOP 2 Bundesprogramm Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung - Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende: Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um Familien in prekären Lebenslagen.

Herr Nees (SJB): Die Förderung des chancengerechten Aufwachsens in Karlsruhe ist eine beständige und dauerhafte Herausforderung. Das Bundesprogramm Kita-Einstieg hat die

Möglichkeit gegeben, innovative Projekte zur Stärkung der Teilhabe von Kindern aus nicht-deutschsprachigen Haushalten an frühkindlicher Bildung auszuprobieren. Viele gute Ansätze werden durch die Struktur der kommunal geförderten Kinder- und Familienzentren weitergeführt. Die Kita-Lots*innen sind ein besonders gut gelungenes Konzept, das verstetigt werden soll. Der Ansatz ist besonders innovativ, da er drei sozialen Herausforderungen begegnet: Teilhabe an frühkindlicher Bildung für Kinder aus nicht-deutschsprachigen Haushalten, Teilhabe von (meistens) Müttern dieser Kinder am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Zusätzlich konnte hier auch eine innovative Förderstruktur durch die Ko-Finanzierung der Gertrud-Maria-Doll Stiftung erreicht werden.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE) dankt für den Bericht und die erzielten Fortschritte, bedauert jedoch, dass das Bundesprogramm 2022 beendet wird. Der Bund sollte solche Programme verstetigen, da sonst die Kommunen am Ende die Daueraufgabe übernehmen müssen. Gibt es für die Umsetzung bereits interessierte Träger? Derzeit ist das Konzept auf drei Sprachcommunities bezogen. Wie sieht es mit zugewanderten Familien aus Afrika aus? Ist hierfür etwas in Planung, damit auch diese Gruppe erreicht werden kann?

Frau Stadträtin Melchien (SPD) schließt sich Frau Stadträtin Rastätter an. Welche Gründe gibt es, warum die Kitaplätze nicht angenommen werden und wie kann man das Kitaportal ändern, um mehr Annahmen zu erzielen?

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Der Abbau von Sprachbarrieren ist dringend nötig. Ist es wirklich zielführend, bei dieser nicht einfachen Arbeit Langzeitarbeitslose einzusetzen?

Herr Stadtrat Høyem (FDP): Auch die FDP begrüßt das Konzept. Die Teilhabe auf mehreren Ebenen ist gut, aber auch sehr schwer umzusetzen.

Frau Frey (Stadtamt Durlach): Es gibt das Gerücht, dass Kindergartenplätze für bestimmte kommende oder Geschwisterkinder freigehalten werden. Werden die Gebühren für solche Plätze bezahlt? Warum gelten Migrantenkinder als schwierig und werden eher nicht aufgenommen?

Herr Nees (SJB): Es wird für die Träger der Jugendhilfe ein Interessensbekundungsverfahren sowie eine Ausschreibung geben. Man ist bereits bemüht geeignete Fachkräfte, die das sprachliche und pädagogische Wissen mitbringen, zu finden, um auch neue Sprachräume zu erschließen. Es gibt Langzeitarbeitslose mit geeigneten Qualifikationen, beispielsweise Qualifikationen aus dem Ausland die in Deutschland nicht anerkannt werden (Beispiel: Irakischer Hochschulabschluss).

Es muss bei Kita-Plätzen zwischen Bewerbung und Inanspruchnahme unterschieden werden. Ziel ist es, die Familien informiert entscheiden zu lassen. Alle Karlsruher Familien sind im Bewerbungsverfahren gleichberechtigt. Der Kita-Leitung kommt dann bei der Vergabe eine besondere Verantwortung zu. Man kann den Kita-Platzmangel nicht ausgleichen, trotzdem wird versucht, Familien durch Begleitung die Bewerbung zu ermöglichen. Daher auch die Workshops mit Kita-Leitungen, Stadtjugendausschuss und der Antidiskriminierungsstelle. Das Projekt endet bei der Bewerbung.

Frau König (SJB): Grundsätzlich gibt es das Kita-Portal. Jedoch wird auch beraten und vermittelt. Die Bewerbung stellt für manche Familien eine Hürde dar, diese soll den Betroffenen genommen werden. Alle Eltern haben einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, die Kita-Plätze müssen ermessensfehlerfrei zugewiesen werden.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, bei einer Enthaltung, den Bericht zum Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung“ (2017-2022) zur Kenntnis zu nehmen und die Verstetigung des Projekts „Muttersprachliche Kitalots*innen ab dem 01.01.2023 zu beschließen.

TOP 3: Auswirkungen von Corona auf Kinder und Jugendliche aus Sicht der Jugendhilfe – künftiges Monitoring
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende: Der Bericht ist weniger schlimm als befürchtet ausgefallen.

Herr Fulda (SJB): Alle sind auf dem Wissensstand, dass die Pandemie erhebliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche hat. Die soziale Interaktion war stark reduziert, soziale Treffpunkte zeitweise geschlossen. Digitale / mediale Interaktion kann reale Begegnungen nicht ersetzen. Die Folgen spiegeln sich bislang aber kaum in den Zahlen wider. Es ist kein extremer Anstieg oder Rückgang der Fallzahlen festzustellen. Die Jugendhilfe war für die Familien, Kinder und Jugendlichen auch in der Krise durch hohen Einsatz und Flexibilität zugänglich und konnte bei Bedarf unterstützen. Wie bereits im Sozialausschuss im Oktober 2021 berichtet, haben die städtischen Beratungsstellen während der gesamten Pandemie ihr Angebot durch kreative Lösungen aufrechterhalten. Auffällig ist jedoch der Anstieg bei Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Hauptschulabschluss. Hier ist zu hoffen, dies im laufenden Schuljahr durch geöffnete Schulen und Aufholprogramme wieder zu reduzieren. Die Folgen der Pandemie sind bislang weniger in den Zahlen, jedoch aus den Berichten der Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Psychologischen Beratungsstellen und der Schulsozialarbeit ablesbar. Diese Erkenntnisse decken sich mit den Ergebnissen des Landesgesundheitsamtes vom Dezember 2021. Unsere Aufgabe ist es nun, die Situation im Blick zu behalten und Familien bei Bedarf schnell an die entsprechenden Hilfesysteme anzubinden. Es besteht ein gutes Netz, das sich zusammensetzt aus der Schulsozialarbeit als wertvolle Basis, aus der engen Kooperation der Systeme Frühe Hilfen, Kita, Allgemeiner Sozialer Dienst, der offenen Jugendarbeit und der funktionierenden Zusammenarbeit verschiedener Fachämter. Die heutige Kurzanalyse ist der erste Schritt für ein künftiges Monitoring der Situation von Kindern und Jugendlichen. Da noch nicht für alle Bereiche sinnvolle Kennzahlen vorlagen, wird dieses Monitoring fortgeschrieben und zu gegebener Zeit auch wieder vorgelegt werden.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) dankt für die Vorlage und das gewünschte Monitoring. Es zeigt sich, dass die Systeme funktionieren. Das positive Signal ist ebenso wichtig, wie die Entscheidung des politischen Gremiums beim Doppelhaushalt, dass es sich um eine wichtige Aufgabe handelt. Bei den Schulabbrüchen ergibt sich ein Handlungsbedarf. Im Juni 2021 wurde von ihnen ein Antrag eingebracht für Maßnahmen, um Jugendliche in

Ausbildung zu bringen, verbunden mit dem Wunsch nach regelmäßigen Berichten, damit Bedarfe erkannt werden können.

Der Vorsitzende: Diese regelmäßige Berichterstattung wird zugesagt.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Die AfD beschäftigt der Abgang von der Hauptschule ohne Abschluss, ebenso wie der Absentismus. Das digitale Homeschooling ist nicht mit dem Präsenzunterricht gleich zu stellen.

Herr Stadtrat Høyem (FDP): Das soziale Lernen ist sehr wichtig. Die soziale Kompetenz soll entwickelt werden.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Es muss festgehalten werden, was eine soziale Landschaft trägt. Das beweist sich hier. Deshalb ist es gut, dass das Monitoring fortgeführt wird. Warum erfolgen die Schulabbrüche? Die Punkte, an denen die Situation verbessert werden kann, müssen auch angegangen werden. Die psychologischen Beratungsstellen müssen ausgebaut werden, um die Betreuung der Jugendlichen besser zu gestalten.

Frau Gissel (Kinderschutzbund) möchte gerne aus der Praxis kurz ergänzen: Zum Kinderschutzbund kommen im Allgemeinen Personen, denen es schlecht geht. Doch nun ist die Situation noch viel dramatischer geworden. Durch die Mehrfachbelastung durch Arbeit, Quarantäne und Kinderbetreuung kommen nun auch Personen, die vor der Pandemie keinen Bedarf hatten. Auch gut vernetzte Familien schaffen es nicht, Ihre kranken Kinder psychologisch beraten zu lassen. Hier bestehen gegenwärtig lange Wartezeiten.

Herr Fulda (SJB): Die Fortführung des Monitorings wurde bereits zugesagt. Die Zahlen sind jedoch nicht immer kurzfristig verfügbar. In der Regel handelt es sich um Jahreszahlen, daher wäre ein Jahresbericht sinnvoll. Mit der Schulsozialarbeit existiert ein Netz, das in den Schulen greift und bei Bedarf an weiterführende Hilfen vermitteln kann.

Herr Gleitz (SJB): Die Schulsozialarbeit beschäftigt die psychische Gesundheit massiv. Sie ist auf verschiedenen Ebenen aktiv und arbeitet mit dem Verein für Jugendhilfe zusammen. Hier gibt es ein neues Projekt namens Pegasus, in welchem es um die psychische Gesundheit junger Menschen geht. Die Zahl der Psychotherapeuten kann die Kommune allerdings nicht beeinflussen. Derzeit werden auch für andere Altersgruppen Projekte geschaffen und Fördermittel beantragt.

Herr Vogel (Staatl. Schulamt Karlsruhe): Als Leiter der Gutenberg Schule wäre er froh, lediglich 13 Prozent Schulabbrechende zu verzeichnen. An der Gutenberg Werkrealschule liegt die Quote mindestens bei 20 Prozent. Diese Schülerinnen und Schüler wollen zusammen mit ihren Eltern nichts an der Situation ändern. Trotz guter digitaler Schulausstattung, wie beispielsweise mit Tablets, werden die vorhandenen Möglichkeiten nicht angenommen. Durch die Änderung der Prüfungsordnung im Bezug auf den Ausgleich von schlechten Hauptfachnoten (der Ausgleich mit einem Nebenfach wie Sport ist nicht mehr möglich, dies muss über ein Hauptfach erfolgen) ergeben sich vermehrt nicht bestandene Schulabschlüsse. Es gibt kein Unterstützungssystem, um diese Eltern und Jugendlichen zur regelmäßigen Teilnahme zu bewegen.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Kurzanalyse zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche zur Kenntnis.

TOP 4 Spielstraßen – Angebot ausbauen und temporäre Spielstraßen regelmäßig anbieten

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Günzel (OA): Die Aktion „Mobilitätswoche“ war ein erfolgreiches beteiligungsorientiertes Format. Die Aktion „Karlsruhe spielt“ soll daher weiterentwickelt werden. Dies unterstützt das Ordnungsamt, soweit rechtlich machbar, gerne. Die Straßenverkehrsordnung ermöglicht nicht immer alles, was gewünscht ist. Es ist grundsätzlich zwischen verkehrsberuhigten Straßen, in denen ein gemeinsames Teilen des Verkehrsraumes gilt, und Spielstraßen zu unterscheiden. Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Spielstraße sind umfangreich, unter anderem muss die erschließende Funktion der Straße kompensiert werden. Dies ist oftmals das Hemmnis, um eine reine Spielstraße auszuweisen. Die Stadt wurde auf drei möglicherweise geeignete Straßen hingewiesen. Diese werden nun geprüft und dann gegebenenfalls mit den Anwohnern gemeinsam entwickelt.

Frau Stadträtin Fahringer (GRÜNE): Die Fraktion begrüßt, dass Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene den Raum erobern konnten sowie die Fortführung der Aktion. Aus dem Antrag ging der Wunsch nach mehr verkehrsberuhigten Zonen und temporären Spielstraßen hervor. Es sei ihnen jedoch nicht bekannt, dass es einen Rechtsanspruch gibt, mit dem Auto bis vor die Haustüre fahren zu dürfen. Schließlich gibt es auch Straßen, bei denen dies verkehrstechnisch gar nicht möglich ist. Die Erschließungsfunktion ist von der Widmung abhängig. Beispielsweise werden in München im Sommer regelmäßig temporäre beruhigte und Spielstraßen ausgewiesen. Das wünschen sie sich auch für Karlsruhe.

Herr Stadtrat Müller (CDU): Die CDU steht uneingeschränkt zu der Aktion „Karlsruhe spielt“. In Bezug auf temporäre oder dauerhafte Sperrungen folgt die Fraktion den Ausführungen der Verwaltung, die drei Abschnitte werden mitgetragen.

Herr Stadtrat Schnell (AfD): Die Vorlage ist schlüssig. Die drei Standorte sind gut. Der Antrag erweckt den Anschein, es ginge nicht um das Kindeswohl, sondern darum, den Autofahrern unbequem zu sein. Hin und wieder sollte auch geprüft werden, ob die Spielstraßen überhaupt von Kindern genutzt werden. Manchmal gibt es in der Nähe attraktivere Spielräume, so dass die beruhigten Zonen nicht von spielenden Kindern angenommen werden. Dies sei nicht der Sinn eines solchen Bereiches.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

TOP 5 Änderung der „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende: Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem TOP, somit kommen wir direkt zur Abstimmung.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die neu gefasste „Richtlinie der Stadt Karlsruhe für die Förderung von Kindertagesstätten und Kinderkrippen“ zu beschließen.

TOP 6: **Änderung der „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen“ – Anpassung der Förderobergrenzen**
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende: Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, somit kommen wir direkt zur Abstimmung.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, bei einer Enthaltung, die neu gefasste, „Grundsätze der Stadt Karlsruhe über die Gewährung von Investitionskostenzuschüssen für Kindertageseinrichtungen“ gemäß Anlage 2 zu beschließen und der grundsätzlichen Übertragung der Restmittel aus dem jeweiligen Vorjahr zuzustimmen.

TOP 7: **Sprachbildung in Karlsruher Kindertageseinrichtungen**
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Metz (SJB): Karlsruhe braucht nachhaltige Strukturen in den Kitas, um die Bereiche Sprachbildung und -förderung dauerhaft sicherzustellen. Sprachfördernde Maßnahmen sollten so früh wie möglich beginnen, weil sie dann die Sprachentwicklung wirksamer unterstützen. Besonders Kinder, bei denen Deutsch nicht als Familiensprache gesprochen wird, profitieren von der Sprachanregung in der Kita. Mit dem städtischen Sprachbildungsprogramm und dem seit 2016 zusätzlichen Bundesprogramm hat die Stadt sehr gute Konzepte. Deren Stärken liegen in der alltagsintegrierten Förderung sowie den zusätzlichen Sprachfachkräften in den Einrichtungen. Ferner erfolgt eine fachliche Begleitung von außen. Ergänzend spielt der „Qualitätszirkel Sprache“ eine wichtige Rolle, durch welchen immer wieder neue Impulse in die Einrichtungen gelangen und sich die Schwerpunkte weiterentwickeln können. Neue Schwerpunkte wie Digitalisierung können dadurch gut eingeführt werden. Für den Fall, dass das Bundesprogramm nicht verlängert wird, arbeitet die Verwaltung bis zum Herbst ein anschlussfähiges Konzept als Übergangslösung für das Haushaltsjahr 2023 aus, das die Finanzierung von Kitas mit Sprachförderschwerpunkt im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Bereich der Kindertagesbetreuung sowie aus Drittmitteln vorsieht.

Frau Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Es handelt sich hier zwar um eine Informationsvorlage, gleichzeitig ist jedoch eine Empfehlung wie es weitergehen soll, falls das Bundesprogramm nicht verlängert werden sollte, enthalten. Wir sind damit einverstanden das Programm fortzusetzen. Welche Drittmittel kommen in Betracht?

Frau Stadträtin Melchien (SPD) geht davon aus, dass das Bundesprogramm fortgesetzt wird. Derzeit sind keine zusätzlichen Mittel im Haushalt eingestellt. Von welchen zusätzlichen Kosten geht man aus und wie viele Kitas könnten aus städtischen Mitteln überbrückend gefördert werden?

Herr Metz (SJB): Drittmittel könnten möglicherweise aus Stiftungen oder der Privatwirtschaft erlangt werden. Aktuell ist noch nicht klar, in welcher Höhe zusätzliche Mittel benötigt werden würden oder aus dem Haushalt zur Verfügung stehen könnten. Derzeit gibt es 43 Kitas, die zusätzliche Sprachbildung haben. Daneben gibt es auch noch andere, die nicht durch das städtische oder das Bundesprogramm abgedeckt sind, beispielsweise die bilingualen Kitas. Sprache sollte flächendeckend gestärkt und bestehende Sprach-Kitas auf jeden Fall fortgeführt werden.

Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen zur Sprachbildung in Karlsruher Kindertageseinrichtungen zur Kenntnis.

TOP 8: Änderung in der Zusammensetzung des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss

- Vorlage -

Der Vorsitzende ruft zur Abstimmung auf.

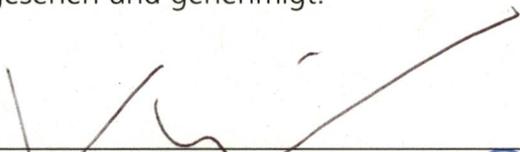
Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss bestellt einstimmig Frau Susanne Rohfleisch anstelle von Herrn Hans-Gerd Köhler zum Mitglied des Arbeitsausschusses Jugendhilfeausschuss.

Der Vorsitzende: Glückwunsch an Frau Rohfleisch.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, 7. Februar 2022

gesehen und genehmigt:


Dr. Albert Käuflein
Bürgermeister


Carmen Edler
Schriftführerin


08.03.22